

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 12

Artikel: Zu grosser Sieg?
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093666>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu grosser Sieg?

Erstmals hat in einem kommunistisch geführten Land das Volk die Gelegenheit erhalten, nachweislich zu zeigen, was es vom System hält, und der Nachweis ist vernichtend ausgefallen. Weil aber die Systemabschaffung nicht sein darf, ergeben sich Probleme. Denn alles hat sich damit abzufinden, dass der eindeutige Volkswille nicht respektiert wird.

Das wichtigste Ergebnis des Abkommens vom 5. April 1989 zwischen Solidarnosc und Regierung, nämlich die Durchführung von halbfreien Parlamentswahlen, hat überraschend zu gewaltigen Veränderungen in der politischen Landschaft Polens geführt. Überraschend deshalb, weil die Parteiführung bei ihrem ausgehandelten Kompromiss scheinbar jedem Risiko erfolgreich ausgewichen war.

In der Hauptkammer des Parlaments waren 65 Prozent der Sitze für die Partei und ihre Ablagen im vornherein reserviert, während man der Opposition 35 Prozent der Sitze zugestand. Für den ersten Wahlgang galt die absolute Mehrheit und für den zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit. Da die wichtigsten Exponenten der Macht auf einer Landesliste ohne Gegenkandidaten aufgeführt waren, durfte mit ihrer problemlosen Wahl gerechnet werden. Doch diese Berechnung erwies sich als Falle, weil die Bevölkerung ihren Unwillen mit dem Regime auch dort demonstrierte, wo am vereinbarten Ergebnis nichts zu ändern war.

In dieser Nummer

Unser Siebenbürgen	4
Eine Zusendung aus Budapest	
Weitere Massengräber aus der Stalinzeit	5
Berichte der Sowjetpresse	
Das Geheimprotokoll von 1939	6
Die sowjetische Geschichtsschreibung beginnt nachzuholen	
Die Strategie der Erneuerung	8
In Moskau fordert Akademiemitglied Leonid Abalkin eine radikale Erneuerung der Eigentumsverhältnisse. Wir bringen grosse Auszüge	
In Kürze	12
Aus der ČSSR und der UdSSR	

Eindeutiges Votum ...

Die Wahlen vom 4. Juni verwandelten sich praktisch zu einem Plebiszit. Nahezu alle Kandidaten der Solidarnosc wurden schon im ersten Wahlgang gewählt. Demgegenüber erzielten die kommunistischen Kandidaten insgesamt schlechte Ergebnisse von oft genug weniger als zehn Prozent. Der einzige KP-Kandidat, der mit 48,9 Prozent ehrenvoll abschnitt, war eine symptomatische Ausnahme. Es handelt sich um Tadeusz Fiszbach, den ehemaligen Parteisekretär von Danzig. Er war ein Mitunterzeichner des Danziger Abkommens vom August 1980 und wurde später als Gegner des am 13. Dezember 1981 ausgerufenen Kriegszustandes von Jaruzelski ins politische Abseits gestellt.

Für Lech Walesa, der selbst nicht kandidierte, wurde die Wahl trotzdem zu einem persönlichen Triumph. Alle seine Mitarbeiter und Vertrauten wie Adam Michnik, Andrzej Wajda, Jan Merkel, Bronislaw Geremek oder Bogdan Lis wurden glanzvoll gewählt.

Einen noch grösseren, wenn auch eher erwarteten Sieg errang die Solidarnosc bei den Wahlen in die zweite Parlamentskammer, den neu geschaffenen Senat. Dort waren keine vereinbarten Proportionen der Mandatsverteilung vorgeschrieben, so dass die hundert Mandate in völlig freien Wahlen ermittelt werden konnten. Das Ergebnis war eindeutig. Die Opposition eroberte fast sämtliche Sitze schon im ersten Wahlgang.

... schafft zweideutige Lage

Indessen droht der überwältigende Sieg der Opposition in eine juristische und politische Krise zu münden.

Die Staatsverfassung sieht die Zahl von 460 Parlamentsabgeordneten vor, und die Vereinbarung vom 5. April bestimmt die Verteilung von 65 Prozent für die Partei samt ihren Filialen und 35 Prozent für die Opposition.

Nun sind 161 Verteter der Opposition bereits gewählt, wogegen die Bänke, die dem Regierungslager reserviert wurden, nahezu leer geblieben sind. Man weiss nicht, wie viele KP-Leute im zweiten Wahlgang gewählt werden. Kommt ihre Wahl nicht in

sämtlichen Fällen zustande, ist das Parlament nicht vollzählig, und man erhält eine Verfassungskrise. Bezüglich Grundgesetz ist die Situation ohnehin unklar, weil man die Wahlen durchführte, bevor die Vereinbarung vom 5. April in der Verfassung berücksichtigt werden konnte. Eine Anfechtung der Wahlen mit dieser Begründung kommt allerdings für keine der beiden Seiten ernstlich in Frage.

Die politische Krise droht mit Auswirkungen nach beiden Seiten.

Die engste Parteiführung stellte sich, wie gesagt, in einer besonderen «Landesliste» ohne Gegenkandidaten zur Wahl. Sie umfasste 35 Personen, darunter Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski und Innenminister Czeslaw Kiszczak. Sie wurden wie die grosse Mehrzahl ihrer Kollegen trotz privilegierten Voraussetzungen im ersten Wahlgang nicht gewählt und sehen sich desavouiert.

Nun aber sind gerade diese Leute auch die Vertragspartner der Solidarnosc, und die Desavouierung durch die Wähler trifft sie durchaus auch in dieser Eigenschaft. Das Volk hat die Equipe von Lech Walesa gewählt, nicht aber seine Gesprächspartner vom runden Tisch. Dieser ist am 4. Juni von den Polen sozusagen zersägt worden. Die Solidarnosc-Botschaft, mit den Reformkommunisten an der Parteispitze lasse sich zusammenarbeiten, ist von der Basis demnach nicht honoriert worden. Die Leute unten haben die von oben beidseits angebotene Unterscheidung zwischen Reformern und Dogmatikern nicht nachvollzogen, sondern lehnen mehrheitlich die Kommunisten egal welcher Sorte überhaupt ab, ganz einfach deswegen, weil sie der Partei insgesamt das Vertrauen entzogen haben und das bei der ersten Gelegenheit seit 40 Jahren auch zu zeigen wünschten. Das ist moralisch im höchsten Grad gerechtfertigt, aber es schafft Probleme.

Für Walesa hat das die paradoxe Folge, dass sein Sieg grösser ausgefallen ist, als ihm lieb sein kann. Seine Solidarnosc ist nur als Alternative gewählt worden und nicht als Versöhnungskraft, die sie gleichzeitig sein will. Das massive Wahlresultat passt auch nicht in das taktische Konzept von Walesa, der die «Politik der kleinen Schritte» bevorzugt und der Konfrontation ausweicht.

Schon vor der Wahl hatte er seine Anhänger gewarnt: «Wenn zu viele unserer Leute durchkommen, kann das zu Gegenreaktionen und Verfolgungen führen.» Aus der Luft gegriffen war das nicht, wie man den Äusserungen aus «dogmatischen» Kreisen entnehmen konnte. Etliche Parteifunktionäre kehrten zur harten Sprache zurück und verglichen die Situation mit der Situation vom November 1981.

Die ominöse Drohung übte auf die Wähler dann allerdings keine Wirkung aus, es sei denn eine kontraproduktive. Nun erst stellt sich die Frage, womit man die heutige Situation vergleichen kann, falls es taugliche Analogien angesichts der präzedenzlosen Verhältnisse im gesamten sozialistischen Lager überhaupt gibt.

Spätsozialismus und welches Ende?

In welchem Zustand sich der Sozialismus in Polen selbst befindet, hatte schon die Wahlkampagne gezeigt.

Die Solidarnosc verfügte über etwa 45 000 junge Wahlhelfer, die unentgeltlich tätig waren. Meist handelte es sich um Studenten, Oberschüler und Jungarbeiter. Sie führten überall Wahlversammlungen durch, verteilten Listen und propagierten unermüdlich ihre Kandidaten.

Die Kommunisten ihrerseits verfügten zwar über mehr finanzielle Mittel, über Presse, Radio und Fernsehen, aber ihre Versammlungen waren kläglich besucht. Selbst ihre

bekanntesten Exponenten standen vor praktisch leeren Sitzreihen und mussten geradezu froh sein, dass ihnen wenigstens die aufgebotenen Ordnungshüter noch zuhörten.

Klänglich genug war oft auch das, was sie bei solchen Gelegenheiten vorzubringen suchten: abgewetzte ideologische Floskeln, garniert mit Lobesworten auf Frau Thatcher zwecks «Modernisierung» des kommunistischen Anspruchs. Tatsächlich hat die Partei längst jegliche Ideologie aufgegeben und klammert sich bloss noch an die Macht. Sie kontrolliert nach wie vor Armee, Sicherheitsdienst und Wirtschaft. Die Reformen sind blockiert, zwar verkündet, aber nicht umgesetzt.

Ihre Rettung sieht die Parteiführung am ehesten in einer Art grossen Koalition, das heisst in enger Zusammenarbeit mit der Opposition, die in die Verantwortung einzu binden wäre. Indessen hat die Opposition eine formelle Regierungsbeteiligung schon ausdrücklich abgelehnt, und wie es um die Zusammenarbeit von Fall zu Fall bestellt sein wird, ist eine jeweilige Frage, während gesamtheitliche Lösungen vonnöten wären.

Viele Polen fragen sich, ob sich die Partei mit ihrer Niederlage abfinden werde, aber die Wirtschaftslage ist so katastrophal, dass eine soziale Explosion jegliche offene oder geheime Planung erübrigen könnte.

Nach den Gesprächen am runden Tisch war Polen zu einem Platz des Burgfriedens geworden. Hoffentlich wird es nicht zu einem Platz des Himmlischen Friedens. ■



«Also, die Diktatur des Proletariats wollt ihr nicht mehr. Ja, was wollt ihr denn sonst für eine Diktatur?»
(«Prawo i zycie»,
Warschau,
Nr. 18/ 1989)

LIEBE LESER

Der Sozialismus ist als Gesellschaftsordnung generell am Ende, aber wie friedlich oder gewalttätig seine geschichtliche Liquidierung vor sich geht, das ist durchaus noch offen. China ist ein Beispiel dafür, wie leicht der Wille zur Veränderung oben dort aufhört, wo es um die Macht geht, und diese wird bei Veränderungen unweigerlich herausgefordert.

Es ist ein Merkmal der sozialistischen, also kommunistisch geführten Staaten, dass ihre Macht als Monopol angelegt ist. In die neue Zeit hinübergekommen sind sie als Einparteiensysteme mit Gewalteneinheit und einer vorgeschriebenen Ideologie. Zu Diktaturen gemacht hat sie nicht der Zufall oder die persönliche Willkür eines untypisch zur Spitze gelangten Tyrannen, sondern die Konsequenz ihrer gesamten Struktur mit ihrem Herrschaftsanspruch auf das politische, das wirtschaftliche, das soziale und das geistige Leben. So waren sie im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung von Anfang an gemeint und geplant.

Aber selbst wenn dem anders wäre, selbst wenn die ursprüngliche Vision einer sozialistischen Demokratie von der Deformation einer sozialistischen Diktatur überlagert worden wäre, spielt das keine so grosse Rolle mehr, weil es real nur die elitäre Diktatur gegeben hat, die bloss gelogenerweise im Namen von Proletariat oder Volk ausgeübt wurde.

Das macht Veränderungen von Belang unter Beibehaltung der gehabten Ordnung unmöglich. In der Sowjetunion hat die Perestrojka mit ihren politischen und geistigen Dimensionen dem überraschend schnell Rechnung getragen, möglicherweise gefährlich rasch sogar, und der kritische Verlauf einer historischen Auseinandersetzung zwischen einer unhaltbar gewordenen Diktatur und einer noch schwachen Demokratie ist simultan sichtbar geworden, mit Zuspitzungsmöglichkeiten überall.

In China hat ein bloss wirtschaftlicher Reformkurs unter Beibehaltung des Macht-systems in den Grundzügen seiner Anlage zehn Jahre lang einen harmonischen Fortschritt ermöglicht. Aber auch er ist zu dem Punkt gekommen, wo er die übernommenen Strukturen nicht mehr komplettieren konnte. Sie hätten ersetzt werden müssen, und dagegen haben sich die Machthaber zur Wehr gesetzt, mit den gepanzerten Mitteln der schieren Repression. Sie sind als einziges Mittel übriggeblieben, weil der sozialistischen Ordnung jegliche funktionelle Rechtfertigung abhanden gekommen ist, und sie stauen das Ende nur auf. Aber bis dahin können sie noch viel kaputtmachen.

Christian Brügger